

LANDESVERBAND ARBEITSKREIS ENERGIEWENDE AKE

[AKE TERMINE](#)

POLITISCHE ENTWICKLUNGEN JUNI 2017

[BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE](#)

[BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT](#)

[BUNDESNETZAGENTUR](#)

[BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE](#)

[EUROPÄISCHE UNION](#)

### DAS WICHTIGSTE IM JUNI...



#### **Mieterstromgesetz im Bundestag verabschiedet**

Der Deutsche Bundestag hat am 29.06.2017 in zweiter und dritter Lesung das Gesetz zur Förderung von Mieterstrom verabschiedet.

Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer, hierzu: „Mit der Förderung von Mieterstrom beteiligen wir die Mieter direkt an der Energiewende. Wenn ein Vermieter eine Photovoltaikanlage auf dem Dach installiert hat, kann er den so erzeugten Strom an seine Mieter liefern. Das ist zwar auch heute schon möglich, rechnet sich aber meistens nicht. Strom, den der Vermieter nicht selbst verbraucht, wird ins Netz eingespeist. Für diesen Strom erhält der Vermieter eine Vergütung nach dem EEG. Zukünftig erhält der Vermieter auch dann eine Vergütung, wenn er den erzeugten Strom an seine Mieter verkauft. Da für diesen Strom keine Netzentgelte gezahlt werden müssen, ist die Vergütung allerdings deutlich niedriger als bei einer Netzeinspeisung. Die Neuregelung wird das Angebot für Mieterstrom beleben und bringt die Energiewende in die Städte.“

Als Mieterstrom wird Strom bezeichnet, der in einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach eines Wohngebäudes erzeugt und an Letztverbraucher (insbesondere Mieter) in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang mit diesem Wohngebäude geliefert wird. Die Höhe der Vergütung hängt von der Größe der Solaranlage und dem Photovoltaik-Zubau insgesamt ab und wird zwischen 2,2 Cent/kWh und 3,8 Cent/kWh liegen. Das Potenzial für Mieterstrom umfasst nach einem Gutachten, das das BMWi in Auftrag gegeben hat, bis zu 3,8 Millionen Wohnungen.

[PRESSEMITTEILUNG »](#)

### AKTUELLE TERMINE

20.07.2017	Offene Bezirksvorstandssitzung AKE-Oberbayern, München
04.08.2017	Einsendeschluss für Anträge aus den AKE-Bezirken
16.09.2017	AKE-Landesversammlung mit Neuwahlen, München
21.10.2017	AKE-Landesvorstandssitzung, München
28.10.2017	Bezirksversammlung AKE-Oberbayern, München

Weitere Informationen zum AKE:



[HOMEPAGE](#)



[TWITTER](#)

### POLITISCHE ENTWICKLUNGEN JUNI 2017

#### BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

##### **BMW setzt auf Innovationen im Wärmemarkt: Die Brennstoffzellenförderung wird erweitert und Wärmenetze der 4. Generation besonders gefördert**

Ab dem 3. Juli wird die Förderung von Brennstoffzellen-Heizungen ausgeweitet und kann auch durch kleine und mittlere Unternehmen, Contractoren sowie Kommunen für Nichtwohngebäude beantragt werden. Außerdem setzt das neue Förderprogramm „Modellvorhaben Wärmenetze 4.0“ ab dem 1. Juli 2017 neue Impulse für innovative Gesamtkonzepte für die erneuerbare Wärme und Kälteversorgungs auf Stadtteil- und Quartiersebene. So werden Modellvorhaben für die Nah- und Fernwärme der Zukunft heute schon gefördert.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

##### **Vertrag zwischen Bundesrepublik Deutschland und Energieversorgungsunternehmen über Finanzierung des Kernenergieausstiegs unterzeichnet**

Die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Brigitte Zypries, und die Vorstände der Energieversorgungsunternehmen haben heute den Vertrag zur Finanzierung der Kosten des Kernenergieausstieges unterzeichnet. Er bekräftigt die im Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung festgelegte Aufteilung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung. Demnach sind und bleiben die Betreiber der Kernkraftwerke für die gesamte Abwicklung und Finanzierung der Bereiche Stilllegung, Rückbau und fachgerechte Verpackung der radioaktiven Abfälle verantwortlich. Für die Durchführung und Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung wird hingegen künftig der Bund in der Verantwortung stehen. Damit es zu einem solchen teilweisen Haftungsübergang kommt müssen die Konzerne die finanziellen Mittel für die Zwischen- und Endlagerung in einen Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung übertragen.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

##### **Nuklear-Entsorgungsfonds errichtet**

Heute fand im Bundeswirtschaftsministerium die konstituierende Sitzung des Kuratoriums des neu errichteten Entsorgungsfonds statt. Die EU-Kommission hatte am 16.6.2016 grünes Licht für das Gesetz zur Neuordnung der

Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung gegeben. Mit der beihilfenrechtlichen Genehmigung ist dieses Gesetz in Kraft getreten. Damit ist die Stiftung „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung“ errichtet.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

---

### **Kabinett verabschiedet Novelle der Grenzüberschreitenden Erneuerbare-Energien-Verordnung**

Das Kabinett hat die Novelle der Grenzüberschreitenden Erneuerbare-Energien-Verordnung (GEEV) verabschiedet. Damit werden die Anforderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2017 (EEG 2017) umgesetzt, wonach Ausschreibungen für erneuerbare Energien im Umfang von fünf Prozent der jährlich zu installierenden Leistung (ca. 300 Megawatt) für die Teilnahme von Anlagen aus anderen EU-Mitgliedstaaten geöffnet werden sollen. Dies geht auf eine Einigung mit der Europäischen Kommission im Rahmen des beihilferechtlichen Genehmigungsverfahrens zum Erneuerbare-Energien-Gesetz zurück.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

---

### **Zyperien: „Wir wollen den Strukturwandel in den Braunkohleregionen aktiv gestalten“**

Die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Brigitte Zypries, startet heute anlässlich ihres Besuchs in Boxberg / Oberlausitz das Modellvorhaben ‚Unternehmen Revier‘ zur Strukturanpassung in Braunkohlebergbauregionen. Hiermit werden Ideen- und Projektwettbewerbe für die Strukturentwicklung der vier deutschen Braunkohleregionen, dem Lausitzer Revier, dem Mitteldeutschen Revier, dem Rheinischen Revier und dem Helmstedter Revier mit jährlich 4 Mio. Euro aus dem Energie- und Klimafonds gefördert.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

---

### **Dänemark und Deutschland setzen auf mehr Stromhandel zwischen beiden Ländern**

Die dänischen und deutschen Ministerien für Wirtschaft und Energie sowie die jeweiligen Regulatoren haben sich darauf verständigt, den Stromhandel zwischen beiden Ländern zu stärken. In den letzten Jahren konnte nur wenig Strom von Dänemark nach Deutschland gehandelt werden. Grund dafür war, dass der Netzausbau nicht mit dem Ausbau an Erneuerbaren Energien in der Region Schritt halten konnte. Dies hat zu reduzierten Handelskapazitäten geführt.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

---

### **Anteil an erneuerbaren Energien steigt weiter – Erneuerbare weltweit günstigste Energiequelle**

Das Erneuerbare-Energien-Netzwerk „Renewable Energy Policy Network for the 21st Century“ (REN21) hat die 12. Ausgabe des „Global Status Report 2017“ veröffentlicht. Der international viel beachtete, jährlich erscheinende Bericht stellt den weltweiten Stand der installierten Leistung, der Erreichung von Ausbauzielen und der Verbreitung von Politikinstrumenten zur Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien umfassend dar.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

---

### **"Nationales Forum Diesel" soll bundesweite Lösung zur Reduzierung der Schadstoffemissionen bei Diesel-PKW erreichen**

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks haben vereinbart, ein Nationales Forum Diesel einzusetzen. Das Forum soll Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffemissionen bei Diesel-PKW vereinbaren, um die NOx-Belastung zu reduzieren und gleichzeitig die Mobilität zu gewährleisten.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

---

### **Hendricks: Eine naturverträgliche Energiewende ist möglich**

Eine komplett erneuerbare Energieversorgung in Deutschland ist im Einklang mit der Natur möglich. Zu den zentralen Elementen gehören ambitionierte Effizienzmaßnahmen und ein stärkerer Ausbau gebäudenaher Anlagen wie Solarmodulen auf Dächern und Fassaden oder Wärmepumpen. Hendricks: "Ohne eine weltweite Energiewende können wir die biologische Vielfalt nicht erhalten. Aber auch die Energiewende ist nur dann wirklich nachhaltig, wenn sie im Einklang mit der Natur gelingt. Entscheidend für eine naturverträgliche Energiewende ist, dass wir sparsamer mit Energie umgehen, auch wenn sie in Zukunft 100 Prozent erneuerbar ist. Denn wir haben zwar unbegrenzt Wind und Sonne, aber die naturverträglichen Möglichkeiten, die Anlagen aufzustellen, bleiben begrenzt. Außerdem sollten wir beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien verstärkt die Gebäude nutzen und Solarenergie vor allem auf Dächern und Fassaden gewinnen."

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

---

### **G7-Umweltminister bekennen sich zu ambitionierter Klimapolitik**

Mit einem klaren Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen und zur Fortsetzung einer anspruchsvollen Klimapolitik ist das Umweltministertreffen der G7-Staaten unter italienischem Vorsitz in Bologna zu Ende gegangen. Auch die anwesenden Gastländer Äthiopien, Chile, Ruanda und die Malediven stellten gemeinsam klar, dass das Weltklimaabkommen unumkehrbar sei. In dem umfangreichen Abschluss-Communiqué konkretisieren die G7-Umweltminister ihre Klimaschutzagenda.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

---

### **Hendricks: "Die Klimaschutzbewegung in den USA ist breit und lebendig"**

Vor dem Hintergrund des angekündigten US-Ausstiegs aus dem Pariser Klimaabkommen intensivieren Deutschland und Kalifornien ihre Zusammenarbeit beim Klimaschutz. Dieses Signal sendeten Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und der kalifornische Gouverneur Edmund G. Brown nach einem bilateralen Treffen in San Francisco. Bei ihrem Treffen bekannten sich Hendricks und Brown zur globalen "Under 2 Coalition". Gemeinsam mit Baden-Württemberg hatte Kalifornien diese gegründet, um Akteure besser unterhalb der staatlichen Ebene zu vernetzen, um die Akteure auf subnationalem Level Ziele des Pariser Klimaabkommens lokal und regional umzusetzen.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

### BUNDESNETZAGENTUR

#### **Bundesnetzagentur verbessert die Bedingungen zur Teilnahme an den Regulenergiemärkten Strom**

Die Bundesnetzagentur hat heute die Ausschreibungsbedingungen und Veröffentlichungspflichten für Sekundärregelleistung und Minutenreserve als Systemdienstleistungen auf den Regulenergiemärkten im Strombereich neu geregelt. "Die erneuerbaren Energien sollen verstärkt, entsprechend ihrer gewachsenen Bedeutung am Regulenergiemarkt teilnehmen können", betont Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. "Die neuen Regelungen erleichtern darüber hinaus auch anderen Anbietern die Teilnahme an diesem Markt."

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

#### **Bekanntgabe der Ergebnisse der Solarausschreibung Juni 2017**

Die Bundesnetzagentur hat im Rahmen der Ausschreibung für Solaranlagen heute 32 Gebote mit einem Gebotsumfang von 201 Megawatt bezuschlagt. Während bei der letzten Ausschreibungsrunde das niedrigste Angebot noch bei 6,00 ct/kWh lag, betrug der höchste Zuschlagswert der Juni-Ausschreibung nur 5,9 ct/kWh. In dieser Runde waren zum ersten Mal seit einem Jahr Gebote auf Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten in Bayern und Baden-Württemberg zugelassen. Bisher haben nur diese beiden Bundesländer eigene Verordnungen auf der Grundlage der im EEG enthaltenen Länderöffnungsklausel verabschiedet.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

#### **Bundesnetzagentur startet zweite Ausschreibung für Windenergieanlagen an Land**

Gebote für diese Ausschreibung können bis zum 1. August 2017 abgegeben werden. Für diesen Gebotstermin beträgt das Höchstgebot wie in der ersten Runde 7 ct/kWh – abzugeben ist der Wert für einen Referenzstandort. Die Gebote, in denen die niedrigste Förderhöhe angeboten wird, erhalten den Zuschlag, bis das Volumen der jeweiligen Ausschreibungsrunde erreicht ist. Für diese Runde beträgt das Ausschreibungsvolumen 1.000 Megawatt und ist damit um 200 Megawatt größer als in der Runde zuvor. Im Netzausbaugebiet, das wesentliche Teile Norddeutschlands umfasst, können im August maximal 322 Megawatt bezuschlagt werden.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

### STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE

#### **Aigner: "Unsere Verordnung über Gebote für Photovoltaik-Freiflächenanlagen wirkt sich bereits jetzt positiv aus"**

Die Bundesnetzagentur hat heute im Rahmen der Ausschreibung für Solaranlagen 32 Photovoltaik-Projekte bezuschlagt, davon 18 in Bayern. Bayerns Wirtschafts- und Energieministerin Ilse Aigner: „Unsere im März beschlossene Verordnung über Gebote für Photovoltaik-Freiflächenanlagen wirkt sich bereits jetzt positiv aus. Wir haben als eines der ersten Bundesländer die Voraussetzungen geschaffen, dass sich Photovoltaik-Projekte auf Acker- und Grünlandflächen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten an den Ausschreibungen der Bundesnetzagentur beteiligen können. Damit haben wir bayerische Projekte in die Lage versetzt, wettbewerbsfähige Angebote abzugeben. Der Ausbau von Freiflächenanlagen in Bayern kommt weiter voran.“

### [WEITERE INFORMATIONEN »](#)

#### **Aigner: "ZAE als herausragender Wegbereiter und Beschleuniger der Energieforschung und des technologischen Fortschritts"**

Das Bayerische Zentrum für Angewandte Energieforschung (ZAE Bayern) feiert heute sein 25-jähriges Bestehen mit einem Staatsempfang im Kaisersaal der Residenz Würzburg. Bayerns Wirtschafts- und Energieministerin Ilse Aigner: „Das ZAE wurde 1991 von Visionären gegründet, als Energieforschung noch nicht en vogue war. Heute blicken wir auf ein Vierteljahrhundert gemeinsame bayerische Erfolgsgeschichte zurück: Der Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung im Freistaat hat sich seitdem verdreifacht. Die exzellente anwendungsbezogene Forschung am ZAE Bayern hat entscheidend hierzu beigetragen. Das ZAE als Wegbereiter und Beschleuniger technologischer und wirtschaftlicher Veränderungen im Energiebereich wollen wir künftig weiter ausbauen. Daher fördern wir das Zentrum jährlich mit vier Millionen Euro. Bestens investiertes Geld in die Erforschung der Energie von morgen.“

### [WEITERE INFORMATIONEN »](#)

## EUROPÄISCHE KOMMISSION

#### **Nach Trump-Entscheidung: EU-Kommission steht entschlossener denn je hinter Pariser Abkommen**

Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klima- und Energiepolitik, hat gestern (Donnerstag) Abend die Entschlossenheit der EU bekräftigt, das Pariser Klimaschutzabkommen umzusetzen und mit bestehenden und neuen Partnern Allianzen im Kampf gegen den Klimawandel zu schmieden. Die Europäische Union bedauere die unilaterale Entscheidung des US-Präsidenten Donald Trump zutiefst, die USA aus der historischen Vereinbarung zurückzuziehen. Dies sei ein trauriger Tag für die Weltgemeinschaft. Jedoch: „Das Pariser Abkommen wird Bestand haben. Die Welt kann für eine globale Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel weiterhin auf Europa zählen. Europa wird Führung übernehmen, durch ehrgeizige Klimapolitik und durch die weitere Unterstützung der Ärmsten und Verwundbarsten“, erklärte Arias Cañete.

### [WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Der Arbeitskreis Energiewende der CSU (AKE) übernimmt keine Garantie und keine Verantwortung für die Handlungen Dritter, die auf diesen Informationen, Analysen und Meinungen basieren. Alle zusammengetragenen Beiträge sind öffentlich zugänglich und spiegeln die Meinungen und Positionen der jeweiligen Institutionen wider. Die Quellen der Artikel sind jeweils im weiterführenden Link dokumentiert. Die Verantwortung der Richtigkeit der Informationen liegt bei den angegebenen Institutionen. Für Rückfragen oder Kommentare wenden Sie sich bitte an den AKE-Landesverband, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Martin Ehrenhuber.